Proletarischer Internationalismus schlägt imperialistische Kriegstreiber!

Rede des Genossen Henri Barbusse auf der Tagung des Weltkomitees

Das Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg hat seine Tagung in Paris beendet. Wir haben bereits die wichtigsten Beschlüsse, die auf dieser Tagung gefaßt wurden, veröffentlicht. Nachstehend bringen wir auszugsweise die ausführliche Rede des Genossen Barbusse über die internationale Lage.

Der Kriegsschuldenkonflikt

Der Schatten des letzten Krieges lastet noch immer auf den Völkern. Man fordert die Bezahlung der Kriegsschuldenlasten. Es ist nicht mehr Deutschland, das zahlen soll und es ist auch nicht mehr Frankreich, sondern **es sind die Werktätigen in allen Ländern, denen man die Sozialversicherung, die Gehälter, die Löhne und die Renten radikal kürzen will. Das Proletariat, das** den Krieg mit seinem Blute bezahlt hat, soll jetzt auch noch mit seinen Hungergroschen die Rechnung der imperialistischen Kriegsgründer in Ordnung bringen. Man kann nicht von Frieden sprechen, solange nicht durch völlige Streichung aller Schulden und aller Reparationen der vorige imperialistische Weltkrieg liquidiert ist. Diese Liquidierung kann aber nur dann vorgenommen werden, wenn die internationale Kraft der Arbeiter und der Werktätigen die räuberischen Verträge der imperialistischen Mächte zerreißt.

Die Gegensätze zwischen dem französischen und deutschen Imperialismus

Der „konstruktive Sicherheitsplan" der französischen Regierung ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Plan zur militärischen Maßnahmen in ganz Europa (selbstverständlich ausgenommen **die Sowjetunion**). Der Plan bezweckt weiter **eine Aufrechterhaltung des Versailler Systems.** Dieses Versailler System aber ist die Quelle neuer imperialistischer Konflikte. Seine Bestimmungen schüren den Chauvinismus, wie z. B. in Deutschland und **Polen.** Man präsentiert eine Art von militärischem Bündnis, das die Lösung in einer „Annäherung" zwischen Deutschland, Frankreich und Polen sieht, während in Wirklichkeit die Gegensätze und Feindseligkeiten zwischen diesen imperialistischen Staaten bestehen bleiben. Die einzige Grundlage eines solchen Bündnisses ist der gemeinsame Kampf gegen die Arbeiterklasse und gegen den Arbeiter- und Bauernstaat.

Eine wirkliche Sicherheit kann nur herbeigeführt werden durch **eine Verbrüderung der Werktätigen** dieser Länder auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen die soziale und nationale Unterdrückung. Wir werden den Kampf für folgende Forderungen fortsetzen: Vernichtung des Versailler Vertrages, Herabsetzung der Kriegsbudgets, schärfster Kampf gegen die chauvinistische Propaganda und gegen jede Zusammenarbeit der Generalstäbe Frankreichs, Deutschlands und Polens. Wir werden zur Organisierung dieses Kampfes eine Unterkommission einsetzen, einen Ueberwachungsausschuß, der die Aufgabe hat, die Entwicklung der Beziehungen zwischen den französischen, deutschen und polnischen Imperialisten zu kontrollieren und den Gegenangriff gegen die Imperialisten zu führen.

Der Krieg im Fernen Osten

Genosse Barbusse schildert eingehend den Raubkrieg Japans. Dabei er an Hand von Zitaten aus der Rede des japanischen Delegierten beim Völkerbund, Matsuoka, die Ziele des japanischen Imperialismus bloßlegt. Einer scharfen Kritik unterzog er auch den **Lytton-Bericht.** Niemals würde durch eine Untersuchungskommission des Völkerbundes eine Lösung des ungeheuren Kriegsproblems im Fernen Osten erfolgen. Der Lytton-Bericht legt den Nachdruck auf die Wiederherstellung der kapitalistischen „Ordnung" in China und auf die Vernichtung der Sowjetrevolution.

Im Vordergrund der Weltpolitik, so erklärte Genosse Barbusse weiter, steht jetzt die Frage des **Stillen Ozeans,** wo sich die imperialistischen Gegensätze bereits zum offenen Zusammenstoß zu lösen beginnen. Der Krieg zwischen Japan und China ist **der Auftakt eines Krieges von weit größerem Ausmaße.** Der Völkerbund ist völlig unfähig, die Frage des Krieges zu lösen, denn er ist nichts anderes als ein Verwaltungsausschuß der imperialistischen Großmächte. Wir werden im kommenden Frühjahr im Fernen Osten einen Kongreß organisieren und eine Untersuchungskommission entsenden, die die ganze Wahrheit über dieses Kapitel des neuen Weltkrieges sagen wird.

Der Krieg in Südamerika

In Südamerika ist die Kriegsgefahr viel drohender, als es bisher den Massen der Werktätigen bewußt geworden ist. Jene Kriege, die in Südamerika jetzt bereits toben, sind zurückzuführen auf den **Konkurrenzkampf** zwischen den beiden imperialistischen Staaten **England und Amerika.** Gerade die wachsende Rivalität zwischen diesen Mächten läßt voraussehen, daß sich eines Tages das Morden über ganz Südamerika erstrecken wird. Wir begrüßen den Antikriegskongreß Südamerikas, der im Februar in **Montevideo** tagen wird. Wir werden auch dorthin eine Untersuchungskommission senden.

Henri Barbusse schloß seine Ausführungen mit den Worten:

„Wir wollen überall dort auf unserem Kampfposten sein, wo die Kriegsgefahr mit einem neuen Weltbrand droht. Wir wenden uns gegen alle Einrichtungen des Betruges und des Mordes, zu dem sich die dem Untergang geweihte Bourgeoisie unter einem großen Aufwand heuchlerischer Phrasen vorbereitet."

Ein Sieg von großer Bedeutung

Walzwerk Kusnetzk liefert Schienen für den sozialistischen Aufbau — Die Wandlung Sibiriens aus einer Strafkolonie des Zarismus in ein Land sozialistischer Zivilisation

Moskau, 27. Dezember. Das Land der proletarischen Diktatur hat einen neuen gewaltigen Sieg errungen. Unter Führung seiner bolschewistischen Partei hat das Proletariat der Sowjetunion in diesen Tagen die Eroberung eines neuen Abschnittes des Fünfjahrplanes in der Geschichte seines heldenhaften Kampfes um den Sozialismus zu buchen. Die Walzwerke des Kusnetzker Kombinats haben Mitte Dezember die ersten Schienen geliefert.

Damit ist die vom 16. Parteitag der KPSU. beschlossene Schaffung einer zweiten Hüttenbasis im Osten nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern nimmt bereits im Wirtschaftsleben des proletarischen Staates einschneidende Veränderungen vor. Das Eisen der Magnitogorsker Hochöfen, der Stahl aus Kusnetzk rollt in immer größeren Mengen zu den Bauten des Fünfjahrplanes. Zu den **wichtigsten** Betrieben des Kusnetzker Kombinats gehört das Walzwerk, das zu den größten Werken in der Welt überhaupt gehört und das größte **Walzwerk Europas** ist.

Die Bedeutung der Produktion dieses Walzwerks für den Sozialismus ist ungeheuer. Die Aufnahme der Schienenproduktion in Kusnetzk bedeutet einen Wendepunkt im Ausbau des gesamten Eisenbahnwesens der Sowjetunion. Die **Schwierigkeiten des Eisenbahntransports** sind nicht zuletzt auf die ungenügende Schienenproduktion der sowjetrussischen Walzwerke zurückzuführen. Das Kusnetzker Walzwerk wird alle Typen von Schienen, Unterlagen, Profilen, Balken erzeugen, und zwar in größeren Mengen als die größten amerikanischen Schienenwerke. Damit wird der Eisenbahntransport der Sowjetunion in der Lage sein, das gesamte abgenützte Schienennetz zu erneuern und damit eine der größten Schwierigkeiten zu überwinden.

Dieser Sieg hat noch größere Bedeutung dadurch, daß er einen neuen Beitrag zur Industrialisierung Sibiriens darstellt. Das gewaltige Land vom Ural bis zum Stillen Ozean, fünfmal so groß wie ganz Europa, war unter dem Zarenregime so gut wie überhaupt nicht erschlossen. Erst die Sowjetmacht hat die gewaltige Bedeutung dieses reichen Landes begriffen und beginnt nun seine Reichtümer für den Sozialismus nutzbar zu machen. Die in Sibirien geschaffene Hüttenbasis verändert das ganze Gesicht dieser ehemaligen Strafkolonie des russischen Zarismus. Auf der Grundlage einer modernen Schwerindustrie entstehen neue Städte, ändern die alten ihr bisheriges Antlitz.

Ein amerikanischer Ingenieur, der an der Montage der Walzwerke in Kusnetzk mitgearbeitet hat, sagte: **„Noch vor drei Jahren hielten es viele Ausländer für unmöglich, unter sibirischen Verhältnissen derartige Industriebetriebe aufzubauen. Sibirien war schon der letzte Ort, wohin jemand geneigt war, zur Arbeit zu gehen."** Und jetzt gehört dieser Amerikaner zu den **Enthusiasten des sozialistischen Aufbaues.** Im Lande des sozialistischen Aufbaus haben tausende ausländische Arbeiter und Fachleute gelernt, daß „die Arbeit eine Sache der Ehre, des Ruhmes und des Heldentumes" ist.

Die Lügenmeldungen von „Verhaftungen in der Sowjetunion"

Moskau, 27. Dezember. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt, daß die Meldungen einiger ausländischer Zeitungen, wonach mehrere ehemalige Volkskommissare und andere Persönlichkeiten, wie z. B. **Kamenew** und **Sinowjew,** verhaftet und deportiert worden seien, **Erfindungen** sind, die nicht einmal ein Dementi verdienen. Bezeichnenderweise wurden diese Lügen von den Trotzkisten aufgebracht und sofort von der gesamten bürgerlichen Presse aufgegriffen.

Zum Botschafter Chinas in der Sowjetunion ist der frühere chinesische Außenminister und jetzige Delegierte Chinas beim Völkerbund, Dr. Yen, ernannt worden.

Feng-Tai Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

8. Fortsetzung

Nach langem Beraten wurde der Beschluß gefaßt, eine Ermäßigung des Pachtzinses um 70 Prozent zu verlangen. In Fällen, wo die Ernte unter 30 Prozent des Durchschnittsertrags stand, sollten auch die 30 Prozent Pacht entsprechend verringert werden. Bei gänzlichem Ernteausfall würde der Pächter überhaupt nichts zu zahlen brauchen. Diese Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Am 20. Tage des 7. Monats wurde die Tagung der Bezirksvertreter eröffnet, der über 100 Delegierte und gegen 1000 Gäste beiwohnten. Der Vorsitz wurde mir übertragen. Ich schilderte die verzweifelte Lage in den überschwemmten Gebieten, erstattete Bericht über die Tätigkeit des Bauernbundes und über die im Plenum anläßlich der Ermäßigung des Pachtzinses stattgefundenen Debatten. Als ich geendet, brach unter den Gästen ein unbeschreiblicher Lärm aus. Die Bauern ballten die Fäuste, als ob es schon zum Kampfe ginge, sie setzten sich mit aller Kraft für die Losung der gänzlichen Abschaffung des Pachtzinses ein. Nur mit Mühe konnte die Ordnung wiederhergestellt werden; zuletzt erhielt doch der Antrag, 30 Prozent des Pachtzinses zu errichten, Stimmenmehrheit. Dem Vollzugskomitee wurde die Ausarbeitung der zur Verwirklichung dieses Beschlusses notwendigen Maßnahmen übertragen. Die Losung „Zahlt drei Zehntel" war bald in aller Munde. In den Dörfern wurde sie selbst von kleinen Kindern wiederholt. Das Vollzugskomitee war mit Arbeit überhäuft: es entsandte in alle Bezirke Propagandisten, die Meetings einberiefen und die Verhältnisse an Ort und Stelle untersuchten. Zugleich veröffentlichte der Ausschuß einen Aufruf an die Bauern. Er lautete:

„Bauern! Es ist nicht wahr, daß die Grundherren ihr Land erworben haben. Die Vorfahren der Grundherren von heute haben dieses Land uns, den Bauern, mit Gewalt weggenommen. Selbst wenn man zugeben wollte, daß sie es einst gekauft hätten, steht es doch fest, daß sie den Kaufpreis ein einziges Mal erlegten, während die Pächter seitdem Jahrhunderte, Jahrtausende lang Zins dafür gezahlt haben. Jahr für Jahr muß der Bauer Kapital in den Boden stecken. Samen, Dünger, Büffel, Ackergeräte, alles dies muß er unter großen Kosten anschaffen. Dazu noch unendliche Mühe und schwere Arbeit — dann erst geht der Reis auf. Die Grundherren sind es, die, ohne auch nur einen Finger zu rühren, den Löwenanteil der Ernte einheimsen. Wieviel Geld haben wir selber, haben die Bauern, unsere Vorfahren, in diesen Boden hineingesteckt! Dieses Jahr hat uns ein Unglück heimgesucht. Unwetter und Hochwasser haben alles, was wir angebaut hatten, vernichtet. Der Boden, der dem Grundherren gehört, ist an Ort und Stelle geblieben — unsere Mühe und Arbeit aber, das Geld, das wir in diesen Boden hineingesteckt hatten, hat der Wind fortgeweht, das Wasser fortgespült. Und da redet man noch von Pachtzins! Wir müssen den Gutsherren Widerstand leisten, ihnen höchstens drei Zehntel des Zinses zahlen. Diejenigen Bauern aber, bei denen es auch dazu nicht langt, brauchen überhaupt nichts zu zahlen."

In einem an die Bezirkspolizeiämter gerichteten Rundschreiben wies das Vollzugskomitee darauf hin, daß etwaige Konflikte zwischen Bauern und Gutsherren zur Kompetenz des Zivil-, keineswegs aber des Kriminalgerichts gehören, daß die Polizei folglich weder Urteile fällen, noch die Bauern verhaften dürfe.

Ferner versandte der Vollzugsausschuß an alle öffentlichen Körperschaften Chinas Depeschen, in denen er sie um Unterstützung anrief und traf Anstalten zur Einberufung eines Bezirksbauerntages.

An diesem Zeitpunkte war der Bezirk von Hai-Feng bereits in zwei Lager geschieden. Die Arbeiter standen vollständig auf seiten der Bauern. Die Kaufleute verhielten sich größtenteils neutral. Manche unter ihnen, denen es vor kommenden Komplikationen bangte, murrten über die allzugroße „Rührigkeit" des Bauernbundes. Die übrigen, besonders die Großkaufleute, die selber Landeigentümer waren, schlossen sich den Grundherren an, wie Beamte und Pfaffen es schon vorhem getan hatten.

Die Studenten hörten zumeist den Familien und Sippen von Grundherren und Beamten an. Durch die Bewegung, die eine Ermäßigung des Pachtzinses anstrebte, wurden die wirtschaftlichen Interessen ihrer Familien unmittelbar gefährdet. Diesen Umstand suchten die Grundherren auszunutzen, um die Studenten gegen den Bauernbund aufzuhetzen. Manche Grundherren nahmen die schlechten Zeiten zum Vorwand, um den Studium ihrer Söhne und Brüder abzubrechen. Daher kam es, daß die Studenten, die dem Bunde anfänglich lebhafte Sympathie entgegenbrachten, ihm nunmehr feindlich gesinnt waren. Ja, manche gingen so weit, daß sie sich zu Spitzeldiensten für die Grundherren hergaben.

Ma-Chuan-Sin, ein Student, der dem Bauernbunde angehörte, Mitglied des Vollzugskomitees und Leiter der Sektion für Bildungswesen war, und als tüchtiger, umsichtiger Mitarbeiter geschätzt wurde, begann auf einmal den Bund zu meiden. Darüber befragt, gab er keine Auskunft und suchte um längeren Urlaub an. Auf weiteres Befragen gab er eine Erklärung ab, worin er gegen den Beschluß, höchstens drei Zehntel des Pachtzinses zu zahlen, Einspruch erhob. Wenige Tage darauf schrieb er auf das Drängen der ihm verwandten Grundherren hin dem Bezirksobmann Van-Tse-Tsin einen Brief, in dem er die Beschlüsse des Bauernbundes mißbilligte und diesen außerdem noch der extremsten Tendenzen beschuldigte. Der Bauernbund antwortete hierauf mit unverzüglichem Ausschluß und machte den Fall der Oeffentlichkeit bekannt.

Die kleinen Grundbesitzer hatten sich unterdessen aus Angst vor „Scherereien", wie auch unter dem Zwange der schwierigen Wirtschaftslage mit der Verfügung des Bauernbundes abgefunden und gaben sich mit drei Zehnteln des Pachtgeldes zufrieden, während die Großgrundbesitzer darangingen, ihren Widerstand systematisch zu organisieren.

Sie schlossen sich mit den Vertretern der Dörfer zusammen, an deren Spitze der Bezirksobmann Van-Tse-Tsin stand, liefen den alten „Schutzverband der Steuerzahler" wiedererstehen und kamen häufig zu Beratungen zusammen, die aber streng geheimgehalten wurden.

Die Reibungen zwischen Grundherren und Pächter dauerten ununterbrochen fort. Die Behörden ergriffen für die Grundherren Partei. Wir beschlossen einen Bezirksbauerntag einzuberufen, um über die Sache zu beraten. Die Versammlung wurde auf den 4. Juli anberaumt. Am Vorabend erließ der Bezirksobmann Van-Tse-Tsin eine Bekanntmachung, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der Rädelsführer Peng-Pai plant für heute einen Aufstand. Die Bauern sollen auf der Hut sein und sich nicht irreführen lassen, sonst werden sie es schwer büßen müssen."

(Fortsetzung folgt)